



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

—

Fraktion Die Linke

„Regierungskommission Pandemievorsorge“ zur „Sachverständigenkommission Pandemievorsorge“ erweitern - externe Evaluation überparteilich ermöglichen

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 8/4009**

Der Landtag wolle beschließen:

Aufarbeitung der Pandemie - Das Land muss für vergleichbare Herausforderungen vorbereitet sein

Der Landtag von Sachsen-Anhalt stellt fest:

Der Dank des Landtages gilt allen Menschen, die sich in der besonders herausfordernden Zeit der Pandemie rücksichtsvoll verhalten haben, unter oftmals schwierigen Bedingungen die beschlossenen Corona-Maßnahmen in der Überzeugung umsetzen, sich und andere vor dem Covid-19-Virus zu schützen und damit deren Eindämmung forcierten. Zu betonen sind allen voran die medizinischen, pflegenden und betreuenden Fachkräfte, auf deren Krafteinsatz und Wirken wir mehr denn je angewiesen waren.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Der Pandemiekommission sollen insbesondere angehören:
 - a. Der/die Präsident:in des Landtages von Sachsen-Anhalt und die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen,
 - b. der/die Ministerpräsident:in sowie die Minister:innen der Ministerien für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, für Bildung, für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten sowie für Kultur,

- c. je ein:e Vertreter:in der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände, des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes und des Landestourismusverbandes,
 - d. je ein:e Vertreter:in des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Beamtenbundes, des Marburger Bundes, der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
 - e. je ein:e Vertreter:in der LIGA der freien Wohlfahrtspflege, des Landessportbundes, der Kulturkonferenz des Landes, des Landesfrauenrates, des Kinder- und Jugendringes und des Landesjugendhilfeausschusses,
 - f. je ein:e Vertreter:in des Landkreistages und des Städte- und Gemeindebundes,
 - g. je ein:e Vertreter:in der Krankenhausgesellschaft, der Ärztekammer und der Bundesanstalt für Arbeit,
 - h. je ein:e Vertreter:in der Landeselternvertretung, des Landeselternrates, des Landeschülerrates und des Landesbehindertenbeirates,
 - i. fünf Vertreter:innen der Wissenschaft aus verschiedenen Forschungsgebieten (u. a. Epidemiologie, Sozialwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Kommunikationswissenschaften) auf Vorschlag der Leopoldina.
2. Die Kommission soll zur Erfüllung ihrer Aufgaben gesellschaftliche Entwicklungen und Diskussionen im Rahmen des Corona-Pandemiegeschehens untersuchen und hieraus mögliche Impulse, Empfehlungen und Konzepte für die perspektivische politische Entscheidungsfindung entwickeln. Sie soll des Weiteren eigenständig Themen in multidisziplinärer Perspektive bearbeiten und in den politischen Diskurs einbringen. Ferner soll sie eine Bilanz zum Pandemie- und Pandemiefolgenmanagement erarbeiten und darauf aufbauend Empfehlungen für das Management ähnlich gelagerter zukünftiger Ereignisse aussprechen.
 3. Der Landtag entwickelt darüber hinaus geeignete Kommunikations- und Diskussionsforen, um die in der Kommission entwickelten Handlungsempfehlungen gemeinsam mit den Menschen in Sachsen-Anhalt öffentlich zu diskutieren.
 4. Die Kommission soll konkret überprüfen, inwiefern die oft kurzfristigen Entscheidungen der Landesregierung gegenüber der Bevölkerung sowie dem Parlament während der Corona-Pandemie immer im erforderlichen Maß angemessen, transparent und nachvollziehbar waren. Genauso gehört dazu, festzustellen, welche Maßnahmen in der Rückschau wirksam bzw. richtig waren und welche eben auch nicht.
 5. Ferner soll die Kommission insbesondere die erforderlichen Ableitungen aus den eingetretenen Folgen der sozialen und gesundheitlichen Entwicklungen von Kindern und Jugendlichen infolge der Corona-Pandemie ziehen und dem Landtag einen hierzu erforderlichen umfassenden Katalog umzusetzender Maßnahmen vorlegen.

6. Es gilt nicht nur auf die Umstände der Maßnahmen und Kommunikation während der Pandemie zu reagieren, sondern nunmehr auch die Folgen von COVID-19-Infektionen und die Behandlung von Folgeerkrankungen wie ME/CFS in den Blick zu nehmen. Hierfür soll die Kommission ebenso Empfehlungen erarbeiten.

Begründung

Die Fraktion Die Linke fordert, aus dieser Pandemie und dem Handeln nun Lehren zu ziehen, um künftig auf solche Notlagen besser vorbereitet zu sein. Wie alle anderen auch wurde Sachsen-Anhalt völlig unvorbereitet von der Corona-Pandemie getroffen. Es galt schnell zu reagieren, um Ausbreitungen des Virus entgegenzuwirken. Dabei wurden kurzfristig Maßnahmen ergriffen, Verordnungen mitunter im Wochenrhythmus neu erlassen. Gleichzeitig kam es durch die Instrumentalisierung der Unsicherheiten der Menschen und ein sich am rechten Rand radikalisiertes Versammlungsgeschehen dazu, dass die Akzeptanz der Maßnahmen und inzident auch demokratischer Prozesse abnahm. Umso größer ist die Bedeutung von für Menschen schlüssigen, nachvollziehbaren und gerechten politischen Maßnahmen. Diese gilt es nun aufzuarbeiten. Dafür ist ein unabhängiges Expert:innengremium einzusetzen, welches die unterschiedlichen gesellschaftlichen Handlungsfelder abdeckt.

Dies dient dem Ziel und der Transparenz eines gemeinsamen Diskussionsprozesses von Legislative, Exekutive, Wissenschaft und gesellschaftlich und wirtschaftlich relevanten Gruppen.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitz